

# Deutschlandradio-Hörfunkrat beschließt Satzungsänderung der Körperschaft

## Aufsichtsgremium erörtert aktuellen Stand der „Denkfabrik“

Der Deutschlandradio-Hörfunkrat hat am 6. September auf Vorschlag des Verwaltungsrats mehrere Änderungen in der Satzung der Körperschaft beschlossen. Mit dem Beschluss wurden die Vorgaben aus dem geänderten Deutschlandradio-Staatsvertrag umgesetzt. Auf den Weg gebracht wurde auch die Wahl von zwei Sachverständigen durch den Hörfunkrat in den Verwaltungsrat.

Bei seiner dritten Sitzung im laufenden Jahr verabschiedete der Hörfunkrat auch eine Satzung über den Rundfunkdatenschutzbeauftragten. Erklärtes Ziel ist dabei die Schaffung eines gemeinsamen Rundfunkdatenschutzbeauftragten in Zusammenarbeit mit weiteren öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Die damit verbundene Möglichkeit zur Ressourcenschonung wird vom Hörfunkrat ausdrücklich unterstützt.

Bei der Erörterung der aktuellen medienpolitischen Themen ging Deutschlandradio-Intendant Stefan Raue insbesondere auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Rundfunkbeitrag ein. Die Richter haben darin nicht nur die Verfassungsmäßigkeit des Beitrags bestätigt, sondern noch einmal die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hervorgehoben. Das „klare Bekenntnis“ sei verbunden gewesen mit einer klaren Aufgabenbeschreibung. Die Beitragsbefreiung für Zweitwohnungen bedeute allerdings noch Unsicherheiten mit Blick auf die Entwicklung des Beitragsaufkommens. Hörfunkratsvorsitzender Frank Schildt unterstrich, das Urteil stärke Deutschlandradio in der medienpolitischen Debatte den Rücken: „Die Verfassungsrichter haben den Rahmen für die Entwicklung öffentlich-rechtlicher Qualitätsangebote sowohl in finanzieller als auch in inhaltlicher Hinsicht bestätigt und aktualisiert.“

Breiten Raum nahm die Diskussion über die von Intendant Stefan Raue angestoßene „Denkfabrik“ ein. Bis Mitte August waren Mitarbeiter, Hörerinnen und Nutzer aufgerufen, Themenideen für ein oder mehrere Schwerpunktthemen für das Jahr 2019 einzureichen. 1.192 Vorschläge gingen binnen kurzer Zeit ein. Die hohe Beteiligung zeige das Bedürfnis nach einem direkten Austausch zwischen Hörerschaft und Programmachern, so Raue, sie sei aber zugleich auch eine Anerkennung der journalistischen Qualität: „Deutschlandradio wird zugetraut, der Ort

zu sein, an dem relevante Themen offen und fair diskutiert werden.“ Yvonne Magwas, stellvertretende Vorsitzende des Hörfunkrats: „Die Vielfalt der thematischen Anregungen ist beeindruckend. Das ist ein Schatz, der schon jetzt für die Redaktionen wertvoll sein kann, und der mit der Denkfabrik gehoben werden kann. Wichtig ist, dass die Denkfabrik einen Ort etabliert, an dem auch kontroverse Themen ernsthaft erörtert werden können.“

Ausführlich befasste sich der Hörfunkrat mit den in der Diskussion stehenden Programmveränderungen bei Deutschlandfunk Kultur. Er folgte dabei dem Votum des Programmausschusses, der sich bereits am Vorabend mit den Planungen auseinandergesetzt hatte. Danach nimmt der Hörfunkrat den Sachstand zum angestoßenen Programmprozess zur Kenntnis. Er erwartet eine weitere Vorlage, wenn die Arbeit der eingesetzten Projektgruppen im Haus eine grundsätzliche Richtung der möglichen Programmreform konkret erkennen lässt und bittet darum, im Folgenden weiter eng informiert zu werden. Intendant Stefan Raue betonte, das Haus gehe in eine offene Diskussion, in dem die Redaktionen eng eingebunden würden und ernsthaft alle Optionen und Alternativen erörtert würden. Gleichwohl stehe die Geschäftsleitung vor der Aufgabe, immer wieder kritisch zu prüfen, wo im Programm welche Ressourcen eingesetzt würden. Der Programmausschuss des Hörfunkrats befasste sich neben der Programmstrategie mit der Entwicklung der Wissenschaftsberichterstattung im Deutschlandfunk, der Arbeit des Deutschlandradio-Hauptstadtstudios und einer ersten Bilanz der Dlf Audiothek nach dem Launch vor einem Jahr. Zwei aktuelle Programmbeschwerden wurden zurückgewiesen, da keine Verletzung der Programmgrundsätze vorliege.

Die nächste Sitzung des Hörfunkrats findet am 6. Dezember in Berlin statt. Sie ist zugleich die letzte in der aktuellen Zusammensetzung des Gremiums. Die Mitgliedschaft im Hörfunkrat orientiert sich ab 2019 an den Vorgaben des geänderten Deutschlandradio-Staatsvertrags, die konstituierende Sitzung findet am 10. Januar 2019 statt.